

Marina Kreutzer, Sprecherin der hiesigen Bürgerinitiative, fordert die endgültige Einstellung der Bauleitplanung

Vorerst kein Beschluss zum Rhader Hof

WR 181 M

Lütgendortmund. Marina Kreutzer, Sprecherin der BI Rhader Hof, lässt nicht locker: Nachdem sie mit der Aussetzung des B-Plan-Verfahrens bereits einen Teilerfolg verbuchen konnte, will sie eine Bebauung jetzt dauerhaft vom Tisch haben – durch Änderung des Flächennutzungsplans. Zur Sitzung der Bezirksvertretung (BV) brachte sie jetzt eine Beschlussvorlage ein. Darin wird gefordert, „die Bauleitplanung LÜ 181 Rhader Hof endgültig einzustellen“. Der Hebel hierfür soll eine Änderung des Flächennutzungsplans sein: Kreutzer will eine

Ausweisung des Gebiets als „Fläche für die Landwirtschaft“ – statt als „Wohnbaufläche“. Zudem solle das Areal auch im Landschaftsplan Dortmund als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen werden. Dadurch würde das Landschaftsschutzgebiet L15 (Dellwig) erweitert – und eine Bebauung am Rhader Hof dauerhaft zu den Akten gelegt. Ähnliche Anträge hatten zur BV-Sitzung die Grünen sowie Bürgerliste/FDP eingebracht. Dieselbe Forderung kam auch vom Beirat der Unteren Landschaftsbehörde. Argumentiert wird jeweils mit Natur- und

Artenschutzgründen. Allerdings: Zur Abstimmung über die Änderung des Flächennutzungsplans kam es in der BV nicht. SPD und CDU haben Beratungsbedarf. Und den Grund dafür wollte Marina Kreutzer erläutert bekommen. Der BI seien „immer Hoffnungen gemacht worden, dass die Bebauung nicht gewünscht wird“. Was Bezirksbürgermeister Heiko Brankamp zu einer Klarstellung veranlasste: „Beschlusslage ist, dass in dieser Legislaturperiode dort nichts passiert.“ Womit gemeint war: Die Aussetzung des B-Plan-Verfahrens gilt,

solange die rot-grüne Koalition in der BV besteht – zunächst also bis 2014. Eine „solide Entscheidung“ in Sachen Rhader Hof, so Brankamp, sei nur mit fundierten Informationen durch die Verwaltung möglich. Erforderlich seien auch belastbare Zahlen, in welcher Größenordnung die Stadt in den Grundstückserwerb investiert habe. Er wolle zwar nicht spekulieren, deutete aber an, dass voreilige BV-Beschlüsse durch den Rat gekippt werden könnten – nämlich dann, wenn „gesamstädtisches Interesse“ an einer Bebauung vorhanden sei. cc



Bleibt kämpferisch: Marina Kreutzer. Foto: Jochen